

Einstimmung zum Fachtag „Sorgende Gemeinschaft – strapazierter Mythos und / oder gesellschaftliche Notwendigkeit – Vorträge und Diskussion zum 7. Altenbericht der Bundesregierung“ am 19.04.2016 von 9.30 Uhr – 13.30 Uhr im Dorothee-Sölle-Haus

Es kommt etwas in Gang und das dort, wo die Kräfte zurück zu gehen scheinen.

Im Kirchenkreis Hamburg-Ost werden wir morgen auf der Synode weitreichende Entscheidungen für die nächsten 10-20 Jahre treffen. Wir wollen perspektivisch unsere kirchlichen Standorte um 1/3 reduzieren und Ressourcen bündeln. Das heißt: 1/3 weniger Kirchen, weniger Gemeindehäuser, weniger gemeindliche Orte. Denn: Weniger Menschen halten sich dauerhaft zur evangelischen Kirche. Gemeindeglieder, Mitarbeitende, Pastorinnen und Pastoren und dann sicher auch die Kirchensteuern werden weniger, vielfach der immer älter werdenden Gesellschaft geschuldet, aber die Anzahl der Gebäude hat sich – trotz steigender Kosten – bisher kaum verringert.

Wir haben die kirchlichen Standorte in einem aufwändigen Verfahren klassifiziert und die Standorte, die ein C bekommen haben, sollen künftig keine zusätzlichen Mittel mehr für die Gebäudeunterhaltung bekommen, - ja, sie werden als verzichtbar angesehen.

Rückbau heißt es da. Konzentration der Kräfte die vorhanden sind. Gutes Haushalten mit den vorhandenen Ressourcen.

Das ist bitter für die Gemeinden, deren Gebäude ein C bekommen haben. Fühlt es sich doch an, wie eine angekündigte Schließung der Kirchengemeinde und wie die Bewertung: Das, was du (noch) leisten kannst, ist nicht (mehr) gut genug, um so wie bisher bestehen zu bleiben.

Eine der Kirchengemeinden in meiner Propstei, deren Gebäude ein C bekommen haben, liegt knapp außerhalb der Hamburger Grenzen. Gute U-Bahnanbindung, gute Infrastruktur und viele älter werdenden Menschen, die direkt oder perspektivisch auch vom Abbau der Kräfte betroffen sind. Das könnte depressiv machen: Kräfte gehen zurück, Ressourcen sind nicht mehr so umfassend einsetzbar, der eigene Wert scheint zu sinken. Ein Trauerprozess für eine Kirchengemeinde wie auch für die einzelnen betroffenen Menschen.

Aber ich will hier nicht eine hoffnungslose Geschichte des langsamen und bewussten Sterbens erzählen, sondern eine Geschichte, die vielleicht Mut machen kann.

Sie liebe Frau Coenen-Marx haben Ihre Website mit dem Zitat von Klaus Dörner begonnen, der vor etwa 20 Jahren gesagt hat: „Ich will alt werden und sterben, wo ich gelebt habe.“

Damit ist er auch heute noch hochaktuell.

In meiner Kirchengemeinde ist die Kommune aktiv geworden und hat sich eingesetzt. Dass die Kirchengemeinde von den hohen Gebäudekosten entlastet werden muss, hat sie wahrgenommen und gleichzeitig deutlich gemacht, dass ihr die Präsenz der Kirche vor Ort wichtig ist, gerade auch, weil diese Kirchengemeinde sich zunehmend ins Gemeinwesen hinein öffnet und sich konkret die Frage stellt: Wozu sind wir hier an diesem Ort Kirche? So sind in einem längeren Prozess Kirche, ein diakonischer Träger und Kommune in gemeinsamen Verhandlungen um das Grundstück, dass der

Kirche gehört, sinnvoll und neu zu nutzen: Mit Servicewohnungen für die älter werdenden Menschen im Ort und ein Quartierszentrum, dass von der Kirche, der Diakonie, Vereinen und Kommune gemeinsam genutzt werden kann. Die Lage ist perfekt und da von diesen „Playern“ niemand damit reich werden möchte, hoffe ich, dass auch die Finanzberechnungen ergeben, dass das Projekt klappt. Es zeigt vorsichtige und umsichtige Ansätze einer „Caring Community.“

Es kommt etwas in Gang und das dort, wo die Kräfte zurück zu gehen scheinen.

Ich habe einen der Prozesse benannt, scheinbar rational und wirtschaftlich begründet, der den Umbruch unserer Kirche begleiten und mitvollziehen soll. Aber nicht nur die Kirche, auch unsere Gesellschaft ist im Umbruch. Darauf reagiert auch der 7. Altenbericht der Bunderegierung.

Dem Bericht liegt schon im Auftrag das Konzept der „Caring Community“ zugrunde. Es geht von der nachvollziehbaren Annahme aus, dass die Herausforderungen des demografischen Wandels nicht allein durch staatliche Versorgungsleistungen zu bewältigen sind. Und so war der Auftrag der Kommissionsmitglieder, herauszuarbeiten, welchen Beitrag Kommunen und örtliche Gemeinschaften – auch die Kirchen - zu einem würdigen und selbstbestimmten Älterwerden in der gewohnten Umgebung leisten können.

Dabei hat man vor allem die sogenannten „jungen Alten“ in den Blick genommen. Die Zielgruppe, die wir als potentielle Ehrenamtliche ja auch im Blick haben.

Eine wesentliche Frage ist es für mich jedoch, ob diese jungen Alten den an sie gerichteten Erwartungen entsprechen können und werden. Sicher, viele Ältere suchen für sich eine sinnvolle Aufgabe, wollen sich nützlich machen und gebraucht werden und viele engagieren sich bereits stark familiär.

Aber genauso sicher ist auch, dass sie (und wenn ich mich hier umsehe, dann spreche ich eigentlich von uns –) sich nicht als Lückenbüßer oder Ausfallbürger für nicht mehr bezahlbare staatliche Aufgaben in die Pflicht nehmen lassen.

In diesem Zusammenhang wird auch immer wieder das Prinzip der Subsidiarität betont, dem Prinzip, dem sich ja auch die Kirche verpflichtet weiß. Denn Subsidiarität kommt vom lateinischen *subsidium* „Hilfe, Reserve.“

Und eine Definition dieses Subsidiaritätsprinzips lautet: „Es ist das Prinzip, das auf die Entfaltung der individuellen Fähigkeiten, der Selbstbestimmung und Selbstverantwortung abstellt. Nur dort, wo die Möglichkeiten des Einzelnen bzw. einer kleinen Gruppe nicht ausreichen, Aufgaben zu lösen, sollen staatliche Institutionen subsidiär eingreifen. Dabei ist der *Hilfe zur Selbsthilfe* der Vorrang vor einer unmittelbaren Aufgabenübernahme durch den Staat zu geben“.

(<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/subsidiaritaet.html>)

So hat Jens-Peter Kruse, der Vorsitzende Ev. Arbeitsgemeinschaft für Altenarbeit in der EKD gesagt: „Die Altenberichtscommission wird deshalb den schmalen Grat zwischen einem bürgerschaftlichen

Engagement für sorgende Gemeinschaften und einer Instrumentalisierung der Freiwilligen genau definieren müssen“(in: EAfA-Rundbrief Nr. 64, 3. Quartal 2014; 10 Thesen zum 7. Altenbericht).

Denn ich denke, wir sollten die Hilfeleistungen im Zusammenhang zwischen informellen und formellen Unterstützungs- und Dienstleistungen betrachten und gut überlegen, welche Bedingungen gegeben sein müssen, damit bei Hilfs- und Pflegebedürftigkeit das Zusammenspiel zwischen öffentlicher Hand, privatwirtschaftlichen Dienstleistern oder Wohlfahrtsverbänden, Familien, Kirchengemeinden und den freiwillig Engagierten gut funktionieren kann, damit ohne Überlastung in Gang kommen und segensreich wirken kann, was geschieht.

Ich bin sicher: Die FachreferentInnen Frau Coenen-Marx und Herr Dr. Berner werden dazu noch einiges zu sagen haben und ich freue mich auf die Vertiefung im Podium mit unseren Fachleuten aus den beiden Hamburger und Süd-Schleswigholsteiner Kirchenkreisen und ich wünsche uns einen anregenden und weiterführenden Tag.

Hamburg, 19.04.2016, Pröpstin Isa Lübbers